

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Postvierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Diefenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordensdorf, Rumbach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Köderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 131

Dienstag den 9. November 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

- Die große politische Aussprache des Reichstages wurde am Freitag beendet.
- Die Preussische Landesversammlung beschäftigte sich am Freitag mit der Selbstverwaltung der Provinzen.
- Durch Vereinbarung der Parteien ist der 13. Februar endgültig als Wahltag für Preußen bestimmt.
- Sämtliche Flugzeuge in Danzig sind von dem internationalen Oberkommissar beschlagnahmt worden.
- Die Sachverständigenkonferenz über die Wiedergutmachung soll jetzt bestimmt Ende November in Brüssel zusammentreten.
- Amerika beabsichtigt angeblich, das gesamte während des Krieges beschlagnahmte deutsche Privatgut den Eigentümern zurückzugeben.

Das Brotgetreide.

Die Versorgung des deutschen Volkes mit Brotgetreide, und daraus folgend also mit Brot, ohne das wir uns das Leben nicht denken können, ist längst keine einfache Sache mehr, und das Publikum mußte wiederholt über recht kritische Lagen durch Beschwichtigungen hinweggeführt werden. Diese kritischen Lagen offenbarten sich durch die minder gute, oder sagen wir ganz offen, durch die bedenklich schlechte Qualität des Brotes, die noch im Spätsommer dieses Jahres heftige Erklärungen von Bäcker-Innungen gegen die Lebensmittellieferanten des Reiches veranlaßten. Auch heute haben wir trotz des hohen Preises von durchschnittlich 4,50 Mark für noch nicht 2000 Gramm Brot noch kein reines Kornbrot, wenigstens nicht von Amts wegen, und der Termin, wann wir wieder zu solchem gelangen werden, ist noch nicht abzusehen. Immerhin ist das tägliche Brot, was anerkannt werden soll, besser geworden, doch dürfen wir nicht verkennen, daß uns eine neue Krise auf den Hals zu rücken droht. Wir können nur wünschen, daß die Abhilfe nicht wieder so verkehrt angefangen wird, wie bei den Kartoffeln, über deren hohe Preise jetzt noch so viele Klagen laut werden.

Äußere und innere Gründe drohen diese neue Zuspitzung in der Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide herbeizuführen. Die heimische Produktion an Korn genügt für die vom Kriege her ausgehungerten Millionen Menschen noch immer nicht, wir müssen daher erhebliche Posten aus dem Ausland kaufen. Amerika ist unser Hauptlieferant, für den dies Geschäft fast noch gewinnbringender ist, wie die Lieferung von Kriegsmaterial an die Entente. Wir bezahlen die Tonne (20 Zentner) Brotgetreide aus dem Ausland mit 6000 Mark, also den Zentner mit 300 Mark. Ob wir diesen Aufwand bei dem Stande unserer Finanzen noch lange aushalten können, ist zum mindesten unsicher. Zu diesen äußeren Erschwerenissen kommen nun auch innere.

Das Reich zahlt für heimisches Brotgetreide pro Tonne 1500 Mark. Der Zentner Korn kostet also danach 75 Mark. Nun ist es aber bekannt, daß auch Brotgetreide, ebenso wie gute Kartoffeln, zum Viehfutter benötigt wird, weil die Futtermittel zum Teil mehr kosten, wie das Getreide. Es ist erst recht ein offenes Geheimnis, daß sehr viel Korn resp. Mehl daraus im Schleichhandel zum Preise von etwa 4 Mark für das Pfund veräußert wird. Danach würde der Zentner Korn auf diesem Wege sogar mit über 300 Mark bezahlt werden. Wenn diese Mengen, die der Viehfütterung und dem Schleichhandel anheim fallen, der amtlichen Nationalisierung zugeführt würden, so stände es um dieselbe viel besser. Aber wie das anfangen?

Es ist vorgeschlagen, den inländischen Brotkornpreis so zu erhöhen, daß für den Landwirt der Anreiz fortfällt, das Getreide dem Schleichhändler zu geben oder es dem Vieh zu füttern. Dabei würde aber nichts anderes herauskommen, als wir bei den Kartoffeln erlebt haben. Der hohe Kornpreis würde auch den Brotpreis erhöhen, und das ist ein Experiment, das doch mehr wie bedenklich genannt werden muß. Teures Brot treibt alle Lebensmittelpreise in die Höhe und mehr als 4,50 Mark wie heute darf auch ein Brot nicht kosten, wenn nicht der Vorwurf des Wuchers mit Recht erhoben werden soll. Hunderttausende wissen in Deutschland heute schon nicht mehr aus und ein, bei noch stärkerer Hungerprobe müßte eine Menschenkatastrophe kommen.

Die Landwirtschaft hat gute Einnahmen gehabt, den Dank dafür muß sie durch guten Willen, die Kulturen möglichst zu erhöhen, bewiesen. Eier, Gemüse, Fleisch, Kartoffeln, Geflügel, Korn bringen viel Geld, und große Lasten und Kosten hat heute jeder, auch wer noch so viel verdient. Wir brauchen eine Verständigung darüber, wie die Lebensmittel den Menschen erhalten und für das Vieh Futtermittel zu erträglichem Preise geschaffen werden. Höchstpreise bilden einen Anreiz für den Geldlasten, nur mit dem Beweise, daß es doch noch viele anständigen Menschen in Deutschland gibt, läßt sich ein Ausgleich schaffen. Was sollte sonst wohl werden, wenn wir, was Gott verhüten möge, 1921 eine Witterkatastrophe erleben?

Berlin ohne elektrischen Strom.

Wider Streik der Gemeindefunktionäre.

Auf den Beschluß einer Funktionärerversammlung am Freitagabend traten am Sonnabend früh 8 Uhr sämtliche Elektrizitätsarbeiter der Stadt Berlin ohne Abstimmung in den Streik. Da sämtliche Werke streiken, ist auch die Fernkraftversorgung aus Golpa-Tschornowitz unterbunden, so daß am Sonnabend ganz Groß-Berlin ohne jeglichen Strom war.

Der Grund des Streiks.

Seit Beginn der Woche fanden mit den Arbeitern und Angestellten der Stadt Berlin Verhandlungen

statt, die zu keiner Einigung führten. Es wurde dann das Einigungsamt angerufen, das sich unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Bürgermeisters Ritter in erster Linie aus Stadtverordneten zusammensetzte, die ausschlaggebende Mehrheit des Einigungsamtes bestand also gemäß der Zusammenfassung des Berliner Stadtparlaments aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Das Amt sollte nun am Sonnabend folgenden

Schiedsspruch:

Der Stundenlohn, der in den städtischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wird um 50 Pfennig je Stunde erhöht. Der in den Tarif erwähnte Begriff der Schwerarbeit für die in diesen Werken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fällt fort. Alle anderen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten 20 Pfg. je Stunde mehr als bisher. Sämtliche nichtständig Angestellten (Hilfskräfte), die unter den Vergütungsstufen fallen, erhalten die diesen Stufen entsprechende Erhöhung ihrer Monatsvergütung. Ausgenommen von der Erhöhung des Lohnes (Vergütung) sind die in Kost und Logis befindlichen Personen und die Jugendlichen im Alter bis zu 17 Jahren. Dieser neue Tarif gilt auf unbestimmte Zeit. Die Parteien haben sich bis zum Freitag, 12. November 1920, vormittags 10 Uhr, zu erklären, ob sie diesen Schiedsspruch annehmen.

Dieser Schiedsspruch belastet die Stadt mit einer Mehrausgabe von 44 Millionen Mark, die natürlich von der übrigen Bevölkerung der Stadt getragen werden muß, denn man beschäftigt, die Straßenbahn-Tarife sowie die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität abermals zu erhöhen, um diese neue Ausgabe decken zu können. Der Schiedsspruch war den Arbeitern aber nicht weitgehend genug. Anstatt nun die tariflichen Instanzen einzuhalten, traten die Elektrizitätsarbeiter ohne weiteres in den Streik, sie setzten ihre eigenen Interessen über die der Allgemeinheit; dadurch, daß sie das ganze Wirtschaftsgebiet der Millionenstadt erdrosseln, wollen sie weitere Zugeständnisse auf Kosten der Allgemeinheit, in erster Linie also ihrer Klassen-genossen, die weitaus die Mehrheit der Groß-Berliner Bevölkerung ausmachen, erpressen.

Die übrigen städtischen Arbeiter und Angestellten wollen diesen Weg nicht einschlagen. Die Gas- und Wasserarbeiter, die Straßenbahner und Bureauangestellten wollen erst Sonnabend oder Sonntag die Abstimmung über den Schiedsspruch vornehmen und nach deren Ergebnis ihre weiteren Maßnahmen treffen. Ihre Funktionäre lehnten teils den Schiedsspruch ab, teils erklärten sie sich für seine Annahme, nicht weil er genügend ist, sondern weil sie einsehen, daß die bis über die Ohren in Schulden stehende Gemeinde Berlin einfach nicht mehr zahlen kann. Auf jeden Fall wollen sie die üblichen Instanzen einhalten, hoffentlich gelingt es den Funktionären auch, die Arbeiter von einem wilden Streik, wie ihn die Elektrizitätsarbeiter begonnen haben, zum Nutzen der Allgemeinheit, also auch ihrem eigenen, abzuhalten.

Das Vorgehen der Berliner Elektrizitätsarbeiter ist auf das Schärfste zu verurteilen, das stellen auch einseitige Arbeiter rücksichtslos fest. Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, schreibt darüber u. a.:

„Das darf auf der anderen Seite aber auch nicht dazu führen, daß eine Arbeitergruppe, die nach einem bekannten Wort die Hand an der Gurgel des Wirtschaftslebens hat, diese Machtstellung unbenutzt um die Interessen der gesamten Arbeiterschaft benützt, den Wirtschafts-leber abzurosseln.“

Gerade die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe haben in ihren Entscheidungen doppelte Pflichten: Sie müssen bei ihren Kämpfen auch berücksichtigen, welche Wirkung ihr Handeln für ihre Klassen-genossen, die Gesamtarbeiterschaft hat. Wenn die Elektrizitätsarbeiter sich dieser höheren Pflichten bewusst sind, werden sie zu der Entscheidung kommen müssen, daß sie wie alle Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben auf dem Verhandlungswege ihre Forderungen durchzusetzen versuchen. Daß da die Vertreter Groß-Berlins bis zur äußersten Grenze entgegenkommen werden, dafür bürgt uns ihre sozialistische Mehrheit. Wir sprechen die bestimmte Hoffnung aus, daß dieser Streik, der über die Menschen und ihre Kinder die schwersten Leiden zu bringen droht — da Gas, Elektrizität und sogar Wasser stillgelegt und der ganze Wirtschaftsbetrieb einschließlich des Straßenbahnbetriebes zum Stillstand gebracht werden soll — binnen kürzester Frist durch Verständigung zum Abschluß gebracht werden wird.“

und überwiegen ohne Elektrizität.

Ein ähnlicher Streik wie der Berliner hat auch die Kraftwerke des ober-schlesischen Industriebezirks stillgelegt. Die Arbeiter des Kraftwerkes Chorzow haben am Freitag die Arbeit niedergelegt, sodaß fast das ganze Wirtschaftsleben des Industriebezirks lahmgelegt ist, die Zeitungen erscheinen nicht, Straßen- und Kleinbahnen verkehren nicht. Es scheint sich um einen wilden Streik zu handeln. Die Direktoren sind aus ihrem Amt vertrieben und an ihre Stelle ist ein Streikkommando getreten. Einigungsversuche von der Entente sind bisher erfolglos geblieben. Man erwartet das Eingreifen der Technischen Röhre, sowie Befestigung der Werke durch Ententesoldaten.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 5. November.

Die Selbstverwaltung.

Die zweite Beratung der Verfassung wird bei den Bestimmungen über die Selbstverwaltung fortgesetzt.

Abg. Scholich (Soz.) ist der Ansicht, daß keiner Provinz, auch Oberschlesien nicht, etwas anfgewungen werden darf, ohne daß man vorher die Bevölkerung befragt.

Abg. Dr. Leidig (D. V.): Statt Preußen zu stärken, wird systematisch an seiner Verfestigung gearbeitet. Wenn der Ausbau der Verwaltung im Sinne der Verfassung erfolgt, wird Preußen in seinem Bestand aufs Schwerste erschüttert. Einverstanden sind wir mit einem Ausbau der Selbstverwaltung auf allen Gebieten, wo es ohne Föderung des Staatsgedankens geschehen kann. Unser Leitstern ist die Einheit des preussischen Staates. Der Kampf um Preußen ist ein Kampf um Deutschland.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz. rechts) begründet einen Antrag seiner Fraktion für den Schutz nationaler Minderheiten in den Provinziallandtagen.

Abg. Dr. Baumbach (D. V.): Wir können nicht dafür eintreten, daß Preußen das Übergewicht im Reichsrat erhält, das später drückend werden kann. Der Zug der Zeit führt zu einer Erstarkung der Reichsgewalt und zur Schwächung des im Wege stehenden Faktors, Preußen. Die Katholiken sind im alten Preußen immer zurückgesetzt gewesen. Man muß sich damit abfinden, daß Deutschland über Preußen steht.

Abg. Heilmann (Soz.): Das Zentrum möge Vergangenheit ruhen lassen. Von einer Auflösung Preußens befürchten wir die Kleinstaaterei, die Gefahr des Abfalls von Deutschland. Im Dienste der deutschen Einheit müssen wir den preussischen Staat vorläufig zusammenhalten und in ihm Demokratie und Selbstverwaltung fördern.

Abg. Zählmer (Dem.): Preußen darf nicht zerfallen werden.

Die allgemeine Aussprache über diesen Abschnitt schließt. § 53a erhält den Zusatz, daß die Zulassung zu den Gemeindevahlen von einer Aufenthaltedauer in der Gemeinde abhängig gemacht wird. Im übrigen wird der Abschnitt in der Ausfassung angenommen.

Es folgt die Beratung eines von den Deutschnationalen beantragten Abschnittes 7a über die Beziehungen von Religion und Schule zum Staat. Damit wird verbunden ein von der Deutschen Volkspartei beantragter Abschnitt VIIa über die Beziehungen zur Kirche.

Abg. Dr. Koch-Deynhäusen (Dnt.) begründet den deutschnationalen Antrag. Wir verlangen, daß für die Entscheidung des religiösen Bekenntnisses, in dem die Kinder erzogen werden sollen, die Eltern maßgebend sind. Nach Vollendung des 14. Lebensjahres steht dem Kinde die Entscheidung über das Religionsbekenntnis zu. Der Austritt aus der Religionsgemeinschaft ist bei Gerichten zu erklären. Die Steuerpflicht erlischt frühestens am Ende des Steuerjahres.

Nach kurzer Aussprache wird von dem Antrag nur die Bestimmung über die Steuerpflicht angenommen. Angenommen wird ferner ein Antrag Berndt (Dem.), wonach die Ablösung der Patronatsrechte durch das Reich erfolgen soll.

Die Verhandlungen ziehen sich bei fast leerem Saale bis in die späten Abendstunden hin, da man die Verfassungsberatung unbedingt heute noch beenden will.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 5. November.

Ammer noch Staatsdebatten.

Auf der Tagesordnung stehen 36 kleine Anfragen. Endlich kann man in der Fortsetzung der großen Staatsdebatte fortfahren, die immer noch nicht zu Ende ist.

Abg. Rittmann (U. Soz. rechts) richtet scharfe Angriffe gegen Dr. Heilmann und Graf Weizsäcker, die er als die Schuldigen am Anstammbruch bezeichnet.

Verständigung für die Entwaffnung Peters: Bei der Ablieferung der Waffen der Organisationen muß Rücksicht genommen werden auf die Verhältnisse der einzelnen Gebiete, wie Bayern oder Ostpreußen. Ich bitte, mir die Durchführung des Gesetzes Zeit zu lassen. Ich werde das Entwaffnungsgebot objektiv, ganz unbeeinflusst von rechts oder von links, durchzuführen, so wie es vorgeschrieben ist.

Abg. Fernburg (Dem.): Alles, was hier besprochen und verhandelt worden ist, muß wertlos sein, wenn die große Frage der Revision des Friedensvertrages nicht gelöst wird. Der Redner geht des näheren auf die unerfüllbaren Bedingungen des Friedensvertrages ein, dessen Revision Deutschland unbedingt fordern muß, will es nicht untergehen.

Abg. Wiers (Wesf.): Nach dem Ausgang des Weltkrieges bildet das deutsche Volk keine preussische Vorherrschaft mehr. Wir Niederländer nennen uns mit Stolz Deutsche. Wir wollen auch, wenn wir übers Jahr unsere Selbständigkeit erlangt haben, mit unseren Nachbarn östlich der Elbe in Frieden und Freundschaft leben. Die Entwicklung, die Berlin genommen hat, gereicht Deutschland nicht zur Ehre.

Darauf wird die Aussprache geschlossen.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: Interpellationen Schiller (Dem.) über Eupen-Malmédy, Erlebens (Dem.) über die besetzten Rheinlande und Arnstadt (Zent.) über Kartoffellieferungen.

Eupen-Malmédy. — Die besetzten Rheinlande.

Der Reichstag, der heute schon um 10 Uhr vormittags zusammentritt, behandelt zunächst zwei Interpellationen über die Verhältnisse des besetzten Rheinlandes. Eine von sämtlichen Fraktionen unterstützte Interpellation über den Raub von Eupen-Malmédy und eine demokratische über die Verhältnisse in den Rheinlanden, die Kosten der Besatzung und die Behandlung der Bevölkerung.

Abg. Dr. Well (Ztr.) begründet begründet die Interpellation. Er weist an Hand der vertraglichen Bestimmungen nach, daß die Zuweisung der Gebiete von Eupen und Malmédy an Belgien diesen Bestimmungen absolut widerspricht. Es handelt sich hier um ein Glied der Kette eines Systems, das Deutschland für immer demütigen und zum Absterben bringen soll. Er spricht dann über die Verhältnisse im besetzten Rheinland und verlangt genauen Aufschluß über die Kosten der Besatzung. Er wendet sich gegen die viel zu hohe Zahl der Besatzungstruppen, die einen beispiellosen und unerhörten Umfang angenommen habe. Hier hinter verbergen sich Machtgier und Annexionsabsicht. Redner bespricht dann zahlreiche Einzelfälle von Mißgriffen der Ententeverwaltung, die gegen jedes Recht und Willkür verstoßen. Noch heute besteht die Kulturschande der Besatzung durch schwarze Truppen. Wir appellieren an das Weltgewissen. Wir wollen im Frieden leben mit unserem westlichen Nachbar, aber auf dem Boden der Gleichberechtigung. Die Verklagung eines 60-Millionenvolkes ist unerträglich. Die Rheinländer sind ferndeutsches und lassen sich durch keine Verträge davon abbringen.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Auf unsere zahlreichen Beschwerden haben wir niemals eine umfassende Antwort bekommen. Wir wissen nicht, ob unser Material überhaupt geprüft worden ist. Die Entscheidung über Eupen-Malmédy kann nur durch die Völkerbundsversammlung getroffen werden, um so mehr, als der Völkerbundrat selbst nicht einmal nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zusammengekehrt ist. Die deutsche Regierung kann daher die Entscheidung über Eupen-Malmédy durch den Völkerbundrat nicht als richtig anerkennen. Namens der deutschen Regierung lege ich ferner Verwahrung ein gegen die geschichtswidrige Weise, in der die belgische Regierung von einem Wiedereinbruch der Kreise Eupen-Malmédy spricht. Eupen hat lange zu Preußen gehört, ehe überhaupt der belgische Staat bestanden hat.

Die beiden westlichen Grenzkreise sind der wärmsten Anteilnahme des deutschen Volkes und der Regierung stets sicher. Die Reichsregierung wird keine Gelegenheit verpassen, die Welt darauf aufmerksam zu machen, welches Unrecht sich in Eupen-Malmédy abspielt hat. Die Regierung hofft, daß der Völkerbund

endlich eine einigende Prüfung des vorgelegten Materials vornimmt, und von der Grundlage der Gerechtigkeit, ohne die es einen Völkerbund nicht geben kann, bei seinen Entscheidungen nicht abweicht. Die Regierung hat aber auch die Hoffnung, daß zu irgend einer Zeit einmal wieder Beziehungen mit Belgien aufgenommen werden, die es der belgischen Regierung und der belgischen Bevölkerung nahelegen, nicht länger über das uralte Recht der deutschen Bevölkerung in Eupen und Malmédy hinwegzugehen.

Abg. Dr. Krell (Dem.), ein Rheinländer, schildert in lebhaften Worten die Leiden der Rheinländer und spricht ein festes, ehrliches Bekenntnis der Rheinländer zum Deutschtum aus.

Vertagung bis 18. November.

In Rücksicht auf die starke Belastung des Hauptausschusses, der sich mit der gründlichen Vorberatung des Haushaltsvoranschlags und dazu einschlägiger wichtiger Fragen beschäftigt, und damit im Einklange ist, einigte sich der Vorkommerrat dahin, bis zum Freitag keine Plenarsitzungen mehr abzuhalten und am 18. November mit der zweiten Lesung des Haushaltsvoranschlags im Plenum zu beginnen. Während der Pause soll der Haushaltsausschuß, eventuell auch andere Ausschüsse, die ihm übertragenen Arbeiten erledigen.

und auch im Auslande.

Nach einer Meldung aus Paris haben der Allgemeine Arbeiterverband, die sozialistische Partei und die Liga für Menschenrechte sich zu einer Propaganda zugunsten der Einstellung der Feindseligkeiten gegen Rußland und zur Wiederherstellung des Friedens im Orient vereinigt.

Der „Times“ zufolge hat die englische Regierung durch Vermittlung der russischen Handelsdelegation einen Kontrakt über Lieferung von einer Million Granathölzer aus Rußland unterzeichnet. Die englische Regierung werde dafür Kohlen liefern.

Frankreich: Ausfuhrgebühren mit deutscher Kohle.

Das angesehenste holländische Blatt „Het Vaterland“ bringt Mitteilungen über den Verkauf deutscher Wiedergutmachungskohle durch Frankreich, das gar nicht wisse, wozu es mit der Kohle solle, und sagt, aus dieser ganzen Sachlage ergebe sich, wie ungerecht die Deutschland in Spa auferlegte Kohlenlieferung sei. — In den neutralen Ländern erkennt man immer mehr die Unrechtmäßigkeit der französischen Kohlenforderungen. In Spa zwingt man Deutschland zu einer monatlichen Lieferung von zwei Millionen Tonnen Kohlen, um hinterher die blühendsten Ausfuhrgebühren mit deutscher Kohle zu betreiben. Die neutralen Länder sind gezwungen, zu ungeheuren Preisen die deutsche Kohle von Frankreich zu kaufen, die sie ohne Spa bei uns — am besten im Austausch gegen Lebensmittel und Rohstoffe — viel billiger erhalten könnte.

Soziales.

Welterer Rückgang der Erwerbslosen. Wie aus dem Reichsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstehenden Erwerbslosen im Reich nach den amtlichen Feststellungen in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1920 von 396 151 auf 374 933 weiter zurückgegangen. Die Aufwendungen an Erwerbslosenunterstützung, die in der zweiten Hälfte des Monats September für Reich, Länder und Gemeinden zusammen 45,7 Millionen Mark betragen hatte, verminderte sich in der ersten Hälfte des Oktober auf 41,2 Millionen Mark. Die Reichsregierung hat laut „Vorwärts“ beschlossen, zur besseren Versorgung der Erwerbslosen im Winter die Unterstützungsätze vorübergehend zu erhöhen. Die Erhöhung tritt mit Wirkung vom 1. November ab in Kraft und hat bis zum 31. März Geltung. Durch die Erhöhung soll vor allem den haushaltswirtschaftlichen und den kinderreichen Familien geholfen werden. Es erhält z. B. in Berlin ein Erwerbsloser mit Frau und zwei Kindern unter 18 Jahren statt 15 Mark wie bisher in den Wintermonaten 22 Mark.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 5. Novbr. (Börse.) Auch heute zeigte die Geschäftstätigkeit eine merkliche Abschwächung, da die Geschäftsumsätze infolge der Ernüchterung an sich trug. Die gestrigen Reichstagsverhandlungen trugen ebenfalls zur Senkung der Spekulationsbestrebungen bei, wie ja auch die fortgesetzte nach oben gerichtete Bewegung der ausländischen Devisenkurse ihre ungünstige Rückwirkung auf die Bewertung der Reichsmark ausübte. Sonstige neue Geschäftspunkte trafen heute an den Markt nicht heran, der weiterhin eine abwartende Haltung annahm. Die ausländischen Zahlungsmittel setzten während der Vormittagsstunden ihre Aufwärtsbewegung fort, um sich jedoch während der Börsenzeit wiederum abzuschwächen. Das Spanzelmärkte in Gold wurde mit 328 Mark bezahlt und mit 330 Mark angeboten. Sparrentenanleihe ging auf 87 Prozent zurück.

Lokales.

Haar, Hof und Garten im November. Wie für die Städte, die die ersten Vorbereitungen für das Weihnachtsgeschäft beschließen, so ist auch für das Land der vorletzte Monat des Jahres kein Monat des Ruhens. Die ersten Vorbereitungen für ein angenehmes „Uebervintern“ müssen geschaffen werden. Da heißt es zunächst alle Brunnen und Wasserleitungen mit Stroh einzubinden, damit das Wasser nicht gefriert und das Eis die Röhren verstopft. Die Ställe müssen eingetütet und in Stand gehalten werden, da die Weide des Viehs aufhört. Besondere Aufmerksamkeit ist den trächtigen Kühen zuzuwenden. Die Deckzeit der Ziegen fällt ebenfalls in den November. Wer sich des Viehstalls von Ferkeln, Gänzen und Schweinen räumen darf, beachte folgende Regeln: Gute Pflege des Ferkels, Mästen der Gänse und Mästung der Schweine. Bei der Wiefe achte man darauf, daß mit Eintritt von Frostwetter die Bewässerung sofort einzustellen und das Strauchwerk auszuroden ist. Auch empfiehlt es sich, die Wiesen zu düngen. Der Garten im November erfordert das Niederlegen und Decken des Weines. Die Obstbäume sind fleißig zu säubern. Die Monatsreifen werden niedergelegt und bedeckt, die Rosenstämme umwickelt. Für die Fischzucht sind Ständer, Zapfen und Rinnen der Teiche fleißig nachzusehen. Die Dienenställe sind schon mit Winterfutter zu versehen. — Wer die alterproben Lehren befolgt, um dessen Viehstand im Winter und kommenden Frühjahr nicht schlecht bestellt sein.

Musikverein. Mit Stolz kann der „Musikverein Wertheim“ auf sein am Samstag im Bärenstättgundenes Konzert zurückblicken. Schon es auch anfangs, als ob nicht mit gefülltem Saale zu rechnen sei, bis zum Beginn des Konzertes waren aber doch alle Plätze ziemlich besetzt. Was die Kapelle unter dem Stab des Dirigenten Herrn Albert Mai zu Gehör brachte, war kurz gesagt gut, teilweise mehr als gut. Der Eröffnungsmarsch: Abschied der Gladiatoren wurde so ergötzt und mit solcher Schmeid vorggetragen, daß man unwillkürlich an die alten Militärkapellen erinnert wurde. Im „Orpheus in der Unterwelt“ hatte Herr Mai mit seiner Kapelle hohe Anforderungen gestellt, die aber alle bis ins Einzelne erfüllt wurden. Raum konnte man einen Unterschied gegen ein routiniertes Orchester merken. Besondere Sprachen die einzelnen Solis Cello (Frau Schulz) und 1. Geige (Herr Fischbach) sehr gut an Frau Schulz spielt äußerst sicher und hat ihr Instrument voll und ganz in ihrer Gewalt. Herr Fischbach in seiner Aufgabe gewachsen. Beide Solis waren weich und einschmeichelnd. Der lebhafteste Beifall veranlaßte Herrn Mai, den II. Teil der Overtüre nochmals zu Gehör zu bringen. In dem Solosück „Teufelskungen“ trat Herr C. Schmidt (Tromba) als ein vielversprechender, junger Musiker auf, der sein Instrument meisterhaft beherrscht. Die übrigen Stücke, besonders die „Ungarische Tänze 5 und 6“ kamen sehr gut zum Vortrag. Die „Musikalischen Telegramme

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Frand.

53) (Nachdruck verboten.)

Sie fuhr zurück. Das war ein fürstliches Geschenk. Das empfand sie, so groß auch die mädchenhafte Freude an dem glänzenden Schmuckstück in ihr war.

„Das ist zuviel“, sagte sie. „Das ist ein fürstliches Geschenk.“

Er lachte die Stirn. „Das ist dein ganzer Dank? Nicht einmal einen Kuß? Da habe ich freilich mehr erwartet. Und warum soll es nicht ein fürstliches Geschenk sein? Bist du doch in Wahrheit eine Fürstin der Schönheit und der Liebe.“

Während seiner Worte war in ihr der Argwohn aufgetaucht, ob er es zu Recht besitzt? Ob er nicht etwa auf trügerischem Wege zu dem Kleinod gelangt ist? — Aber sie zwang sich, darüber sich fortzusetzen. Das mußte ja schließlich alles zusammen klar werden.

So reichte sie ihm ihre Lippen zum Kuß, während sie dabei erschauerte und die Augen schloß, um ihm nicht ins Gesicht blicken zu müssen. Er riß sie stürmisch an sich und bedeckte ihr ganzes Antlitz mit seinen glühenden Küssen.

„Du, du, du“, flüsterte er dabei immer von neuem; wenn du wüßtest, wie sehr ich mich nach dir gesehnt habe, du würdest nicht so streng mit meiner vorübergehenden schlechten Laune gerichtet haben. Du bist heute so kühl und so herb. Aber warte nur, in Monatsfrist, wenn du mein Weib bist, dann soll ein anderes Leben für dich beginnen.“

Klara wäre in seiner Umarmung vor Aufregung fast ohnmächtig geworden. Sie stammelte: „Ich bitte dich, laß mich. Und ich danke dir auch herzlich. Ich freue mich ja so sehr. Und ich werde mir alle Mühe geben, dich nicht zu kränken!“

Seine Augen leuchteten auf. „Kommst du endlich zur Einsicht, mein Lieb! Warte nur, wenn du erst meine kleine Frau bist, dann will ich dich mit allem überschütten, was dein Herz begehrt. Und es soll nicht mehr lange dauern. In acht Tagen muß ich nochmals verreisen, aber vorher werde ich mir meine Papiere beschaffen, und wir werden dann unser Aufgebot sofort

auf dem Standesamt anmelden. Also bevor ich abreise.“

Das Mädchen erschauerte. Zum Standesamt gehen, bevor sie Gewißheit hatte? Nein, das war unmöglich. So suchte sie denn nach allerlei Ausflüchten und bat und bettelte, die Anmeldung des Aufgebots zu verschieben, bis er von seiner nächsten Reise zurückgekommen sei. Denn sie glaubte annehmen zu können, daß in der „Eisernen Krone“ der Baron von Hellberg wieder eintreffen werde, falls dieser und Dr. Heller ein und dieselbe Person seien. Dann mußte sich ja alles entscheiden.

Die Tage der Anwesenheit Dr. Hellers vergingen für seine Braut und ihn ohne weitere Störung. Klara brachte es fertig, alle Aufregung und alles Fragen zu unterdrücken, und er gab sich bester und unbesangenen, wie es seine Art war. Sie besuchten beide die Theater und weltstädtischen Etablissements, gingen auch in die Kaufhäuser, um die Ausstattung zu besprechen, und der Doktor bewies, daß ihm für seine Braut in der Tat nichts kostbar genug war. Einmal wechselte er bei einem Einkauf einen Tausendmarktschein. Als er bemerkte, wie seine Begleiterin etwas nervös wurde, sagte er lachend: „Du brauchst wirklich keine Angst zu haben, ich sehe mich schon vor. Wir geht es nicht so wie dem Baron von Hellberg.“

Am Abend vor der Abreise Dr. Hellers, die mit dem Morgen-Expresszug nach Köln erfolgen sollte, hatte Klara noch eine schwere Probe zu bestehen. In sehr gütlichem Tone sprach er wieder den Wunsch aus, Klara möge ihren Dienst bei Herrn Allmers nunmehr als abgeschlossen ansehen und die „Eiserne Krone“ nicht wieder betreten. Das Donnar, welches sie noch zu beantragen habe, sollte sie sich durch die Post senden lassen oder darauf verzichten. Es komme doch schließlich nicht darauf an.

„Es handelt sich nicht um das Geld“, antwortete Klara leise, „aber ich muß doch mein Wort einlösen. Ich habe ihm versprochen, nach meiner Abreise noch ein paar Tage hin zu kommen, und darum komme ich nicht fort. Wenigstens muß ich Herrn Allmers aufsuchen und ihn bitten, mich von meiner Verpflichtung zu entbinden und mich zu entschuldigen. Das geht nicht anders. Er würde ein anderes Verhalten meinerseits

gar nicht verstehen, nachdem er mir so viele Freundlichkeiten erwiesen hat, für die ich ihm zum Danke verpflichtet bin.“

Dr. Heller brauste ärgerlich auf. „Das ist nicht zutreffend, Klärchen, er ist dir zu Dank verpflichtet, nicht du ihm. Und deshalb könntest du es jetzt genug sein lassen. Wenn du meine Bitte nicht erfüllst, werde ich den Gedanken nicht los, du wollest nochmals als Kriminalistin brillieren, und das ist für mich unerträglich. Meine künftige Frau eine Verbrecherin? Nein!“

Das Mädchen schloß, wie ihr das Blut wieder heiß zur Stirn emporstieg, sie mußte sich sehr zusammennehmen. Aber sie bewang sich und sagte leise: „Damit du siehst, daß ich immer an dich denke, verspreche ich dir ausdrücklich, daß ich alle Erfahrungen, die ich in der „Eisernen Krone“ etwa noch machen sollte, aber ich hoffe es nicht, streng für mich behalten werde.“

„Und so bald als möglich werde ich zu meinem Vater zurückkehren: ich habe wirklich keinen anderen Ehrgeiz, als den, nicht unhöflich zu erscheinen.“

Es war ihm nicht recht, sie erkannte es sehr deutlich, und er trommelte fast ärgerlich mit den Fingern auf dem Tische. Dann sagte er: „Run gut, ich will mich begnügen und dir nicht entgegen sein. Aber ich hoffe, du wirst dein Versprechen halten. Schon um des Barons von Hellberg willen, denn du hast mir ja erzählt, daß er dir nicht freundlich begegnet sei.“

„Der Baron von Hellberg ist ja verreist“, sagte Klara langsam. „Als ich vor acht Tagen nach Hause zurückkehrte, reiste er gerade ab.“

„Dann ist es allerdings etwas anderes. Also, ich hoffe, daß du mir bald nach Köln schreibst, daß du wieder bei deinem Vater bist.“

„Und du wirst mir auch schreiben, nicht bloß Tagesbesuchen schicken“, bat sie eindringlich.

„Ganz gewiß“, versprach er lachend, und sein ganzes Gesicht strahlte. Ihre Augen öffneten sich weit. Da war er schon wieder ein ganz anderer Mensch. Schauspielerte er mit unübertroffener Meisterschaft, oder verhielt sich doch alles anders, als sie bisher annehmen zu müssen geglaubt hatte?

(Fortsetzung folgt.)

schien etwas Heiterkeit in die Sache und mit dem
Friedmannschen Marsch" gab die Kapelle dem Ganzen
einen schwungvollen Abschluß. Die Kapelle verfügt über
gute Kräfte und wir hoffen, sie noch öfters zu hören.

Wetterbericht.

12. Nachts stürmisch, darauf Regen und Schnee.
13. fast kein Sonnenschein, die Bewölkung nimmt zu.

Bekanntmachungen.

In Wiederholung der Bekanntmachung vom 30. Oktober
1920 werden hiermit die hißigen Selbstversorger für
Nahrungsmittel legmäßig aufgefordert, spätestens morgen
vormittags von 8 bis 12 Uhr im Rathaus
selbst (Zimmer 3) zu melden, bei welchem der in
angekommene Müller sie ihre Nahrungsmittel herstellen
lassen wollen. Nach diesem Zeitpunkt können Meldungen
keinesfalls mehr angenommen werden und haben
die Säumigen etwa ihnen erwachsende üble Folgen sich
selbst zuzuschreiben.

Die Sprechstunden des Standesbeamten sind für die
nächsten Monate täglich von 2-3 (Zimmer 3) festgesetzt.

Ordnung über die Einstellung und Beschäftigung
auswärts wohnender Arbeitnehmer.

Auf Grund des § 14 der Verordnung über die
Einstellung von Arbeitnehmern während der Zeit der
wirtschaftlichen Demobilisierung in der Fassung vom
1. April 1920 wird angeordnet:

§ 1. Jedes Bürgermeisterei hat, sofern noch nicht
bestimmt, ein Arbeitsamt (Arbeitsnachweis- und Ver-
mittlung) einzurichten.

§ 2. Arbeitgeber im Landkreis Wiesbaden dürfen
keine Arbeitnehmer, die außerhalb des Landkreises Wiesbaden
wohnen oder von auswärts stammend ihren Aufenthalt
im Landkreis nehmen wollen, nur mit Genehmigung
des Arbeitsamtes (Bürgermeisteramtes) einstellen.

§ 3. Die Genehmigung ist nur dann zu erteilen, wenn
der Arbeitgeber (Bürgermeisteramt) und der Kreisarbeits-
nachweis (Landratsamt) keine geeigneten Arbeitskräfte
zuweisen vermag, oder der Aufenthalt im Landkreis
Wiesbaden nach der oben bezeichneten Verordnung oder
nach der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge
nicht zulässig ist.

§ 4. Für die einzustellenden Arbeitnehmer ist vor ihrer
Einstellung die Genehmigung schriftlich beim Arbeitsamt
(Bürgermeisteramt) einzuholen. Dabei sind die Namen,
Beruf, das Alter und die Art der Beschäftigung des
Arbeitnehmers, sowie dessen Wohnort oder der Ort aus
dem der Zugang geschehen soll, anzugeben.

§ 5. Gegen die Verweigerung der Genehmigung kann
der Arbeitgeber bei dem Demobilisierungsausschuß
klagen.

§ 6. Wer dieser Anordnung vorsätzlich zuwiderhandelt,
ist mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und mit
Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Stra-
fen bestraft.

§ 7. Diese Anordnung tritt am 5. November 1920
in Kraft.

§ 8. Die diesseitigen Verordnungen vom 1. September
1920 u. 20. Januar 1920 werden mit Ausnah. der Ziffern
1 und 5 des § 1 mit Wirkung vom 5. November d. J.
ab außer Kraft gesetzt.

Wiesbaden, den 28. Oktober 1920.

Der Demobilisierungsausschuß des Landkr. Wiesbaden.
Der Vorsitzende. J. B.: Biejer.

Für sämtliche Büros des Landratsamtes und Kreis-
arbeitsamtes sind die Dienststunden von Montag, den
5. November d. J. ab auf die Zeit von vormittags
8 bis nachmittags 3 Uhr festgesetzt worden.

Der Verkehr mit dem Publikum sind die Büros
bis mit 12 Uhr geöffnet. Die übrige Zeit muß
den Beamten und Angestellten obliegenden
schweren Arbeiten freibleiben, weshalb gebeten
wird, nach Schluß der Sprechzeit auch telefonische
Anfragen in nicht dringenden Angelegenheiten zu unterlassen.
Wiesbaden, den 29. Oktober 1920.

Der Landrat und Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Schlitt.

Nach Beschluß des Reichsrates vom 19. ds. Mts.
die Reichsratbestimmungen vom 10. Januar 1920,
die Gewährung von Darlehen zur Errichtung neuer
Wohnungen dahin abgeändert worden, daß die Ein-
sätze für diese Darlehen (Ziffer 8 a. a. O.) in Aus-
nahmefällen bis auf das Doppelte erhöht werden können.

Dieser Beschluß hat bei den Bauherren bereits die
Erwartung geweckt, daß ihnen
durch verdoppelte Darlehensbeiträge für ihre
Wohnungen zuzufallen. Eine derartige Ausnahme be-
nachdrücklichster Berichtigung und ich ersuche Sie,
Sicherheits zur Aufklärung der Bauinteressenten
tragen. Die Erhöhung der Einheitsätze ist auf
einigen Süddeutschen Staaten erfolgt. Für
den hat sie keine unmittelbare Bedeutung das vom
Reichsrat zur Verfügung stehenden
Darlehenszwecke sind und eine Erhöhung der
Beihilfebeiträge pp. zugesicherten Reichsdarlehen
auf das Doppelte daher wegen Erschöpfung des
in Einzelheiten nicht mehr möglich ist; denn eine
Erhöhung des Fonds ist mit dem oben erwähnten Be-
schluß des Reichsrates nicht ausgesprochen worden.

Wort, wo eine Mehrzahl von Wohnungen in ein
einzelnen Bescheid mit einem Reichsdarlehen be-
achtet worden und wo mit den Bauarbeiten noch nicht
in vollem Umfange begonnen ist wird sich noch eine ert-
sprechende Einschränkung des Darlehens vornehmen
lassen, wenn ansonsten zu besorgen wäre, daß das
ganze Darlehen mit den zur Verfügung stehenden
Mitteln nicht durchgeführt werden könnte.

Ich ersuche Sie in Fällen letzterer Art die Beteiligten
auf die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Darlehens-
erhöhung aufmerksam zu machen und ich ermächtige Sie
unter Hinweis auf meinen Runderlaß vom 8. Februar
ds. Jrs. — II. 13. 22. — auf Antrag derartige Dar-
lehen im Rahmen des Reichsratsbeschlusses vom 19. ds.
Mts. zu bewilligen. Meine Erlasse vom 17. Juli ds.
Jrs. II. 13. 562 und vom 2. August ds. Jrs. II. 13.
582 — nach welchem die bei Ihrem Reichsdarlehensfonds
noch nicht in Anspruch genommenen Mittel lediglich
zur Sanierung der alten Bauvorhaben aus dem Jahre
1919 verwendet werden dürfen werden hierdurch nicht
berührt. Die mit Rahmenbescheid versehenen Städte,
sowie die in meinem Runderlaß vom 8. Februar ds.
Jrs. — II. 13. 22. — bezeichneten Siedlungsunter-
nehmen haben Abschrift dieser Erlasse erhalten.

Berlin W. 66 den 26. Oktober 1920.
Der Minister für Volkswohlfahrt.
Wird hiermit veröffentlicht.
Bierstadt, den 9. November 1920.
Der Bürgermeister Hofmann.

Local-Gewerbeverein Bierstadt.

Wie in den meisten Gewerbevereinen Nassaus, so soll
auch in Bierstadt seitens des Gewerbevereins ein Buch-
führungskursus im Laufe des Winters abgehalten werden.
Die neuzeitlichen Steuern machen es jedem Handwerker
und Gewerbetreibenden zur Pflicht, genau Buch zu führen,
wenn er sich vor Schaden resp. Strafe schützen will.
Wie er sich dabei alle die es angeht, Ehefrauen, Söhne
oder Töchter derselben, sich zu diesem Kursus, der nur
gering Kosten verursacht, alsbald bei dem Vorsitzenden
des Vereins, Herren Schmiedemeister Rupp, zu melden

Der Vorstand.



Geflügel-, Vogel- und Kaninchenzucht-Verein, Bierstadt. Gegründet 1905.

Um den kausl. Besuchern der Aus-
stellung Rechnung zu tragen hat der Ver-
ein beschlossen mit der Ausstellung einen Verkaufsmarkt
zu verbinden für Geflügel und Kaninchen aller Art.
Der Preis pro Nummer beträgt 2 Mk. und bitten wir
unsere Mitglieder auch von dieser Klasse recht regen
Gebrauch zu machen.

Der Vorstand.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters
erheischt Mitglied des Mieterschutz-
Vereins Bierstadt zu sein.

Für die Küchenarbeit

am Nachmittag von 3-5 Uhr ein
sauberes Mädchen gesucht.
Bierst. Höhe, Wilhelmstr. 3

Chinesischen und russischen Thee

in Beuteln à 1.- und 2.-
empfiehlt
Drogerie Lehmann,

Rissige spröde Hände

heilen über Nacht durch Einreibung mit chemisch
reinem

— Glycerin —

Zur Hautpflege empfehle: Lanolin, Miavera-Creme,
Creme Peltzer, Vaseline (Friedensqualitäten) ..

Drogerie Arthur Lehmann
Wiesbadenerstraße 4. Fernsprecher 3267.

Amerik. Woll- u. Halbwolldecken

I. Qualität — verschiedene Größen — wunder-
bare Farben, weinrot, lila, grün, blau, marine,
schwarz, braun usw.

Hervorragend geeignet zur Anfertigung von
Herren-, Damen- u. Kinderkleider

Stück Mk. 150 — 300. Größere Posten billiger.
Wiesbaden, Langgasse 54, Hinterh. I. St.
am Kranzplatz.

Verkauf täglich von 10-5 Uhr.

Licht-, Kraft-, Pumpen-Anlagen

Spez.: Landwirtschaftliche Einrichtungen,
— Elektromotoren — Transmissionen —

Heinrich Brodt Söhne

Wiesbaden. Telefon 6576. Oranienstraße 24.

Herren-Sohlen 34 Mk.

Damen-Sohlen 27 Mk.

Garantiert Kernleder. Telephon 3033
Schuh-Reparatur, Wiesbaden, Mauergasse 12

Vereins-Abzeichen für alle Vereine pp.

Eintritts-Karten und Garderobeblocks

Tombola-Lose

Abzeichen, unübertragbar in vielen
Karten Sorten lieferbar

Tanzboden-Wachs und Streupulver, Diplome, Girlanden,
bengalische Flammen, Polonaise-Artikel in großer
Auswahl. Saalpostkarten. Papier- u. Spielwaren.

Spezialhaus f. Vereins-u. Fest-Bedarf
Weber's
Wiesbaden, Hellmundstrasse 48, Ecke Wellritzstrasse

Konsum-Verein für Wiesbaden und Umgegend, e. G. m. b. H.

Telephon Nr. 489, 490

48 Verkaufsstellen in Wiesbaden und Umgegend.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Gelbe Spalt-Erbisen

prima Qualität, per Pfund Mk. 2.60 u. 3.30

Ganze grüne Erbsen

per Pfund Mk. 2.80 u. 3.30

Ganze gelbe Erbsen

ungekühlt, Ia. Ware, per Pfund Mk. 3.10

Bombay-Linsen

gut kochend, per Pfund Mk. 3.50

Neue deutsche Linsen

prima Qualität, per Pfund Mk. 5.20

Braune Bohnen

per Pfund Mk. 2.50

Malzgerste

1 Pfundpaket Mk. 4.20

Auf diese Preise erhalten unsere Mitglieder
noch den im Statut festgelegten

Rabatt von 4 Prozent

Der Vorstand.

Konsum-Verein für Wies- baden und Umgegend.

e. G. m. b. H. Wiesbaden

Zentralbüro: Hellmundstr. 45, I. Tel. Nr. 489, 490.

48 Verkaufsstellen in Wiesbaden und Umgegend.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Deutsche Kernseife Ia. 6.-

Doppelstück Mk.

Toilettenseife 3.- und 4.-

Stück Mk.

Alf's Seifenpulver 1.75

Paket Mk.

Marseiller Kernseife 12.-

1 Kilostück Mk.

Aufnehmer in prima Qualität von Mk. 4

bis Mk. 6 pro Stück.

Hoffmanns-Stärke gute Qual. 11.-

Pfund Mk.

Auf diese Preise erhalten unsere Mitglieder
noch den im Statut festgelegten

Rabatt von 4 Prozent.

Der Vorstand.

Konsum-Verein für Wies- baden u. Umg. e. G. m. b. H.

Zentralbüro: Hellmundstr. 45, I. Tel. Nr. 489, 490.

48 Verkaufsstellen in Wiesbaden und Umgegend.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Tapioka in hervorragender 4.00

Qualität Pfund Mk.

Neuer Maisgries prima 3.60

Pfund Mk.

Bohnen mit Speck

konserv. i. Weißblechdosen außer-
ordentl. empfehlensw., Dose Mk. 4.50 u. 6.00

Bohnerwachs prima Qualität 9.00

Dose Mk.

Auf diese Preise erhalten unsere Mitglieder
noch den im Statut festgelegten

Rabatt von 4 Prozent.

Der Vorstand.

Konsumverein f. Wiesbaden u. Umgeg.

Zentralbüro: Hellmundstr. 45, I. e. G. m. b. H. Telefon 489, 490
48 Verkaufsstellen in Wiesbaden und Umgegend.

Frisch eingetroffen:

Amer. Vollmilch

kondens., I. Qual., Weissblechdose Mk. 11.50

Dänisch. Sahne

sterilisiert, prima, Weissblechdose Mk. 10.00

Der Vorstand.

Konsumverein f. Wiesbaden u. Umgeg.

Zentralbüro: Hellmundstr. 45, I. e. G. m. b. H. Telefon 489, 490
48 Verkaufsstellen in Wiesbaden und Umgegend.

Ein Waggon

Schweineschmalz

blütenweiss, nordamerik.

Garantiert reine Ware,
eingetroffen.

Der Vorstand.

Schulranzen



Reisekoffer, Blusenköffer,
Handtaschen, Portemonnaies,
Rucksäcke, Hosenträger

Ausserst billige Preise.

A. Letschert
10 Faulbrunnenstrasse 10.

Ihre Schuhe

werden wasserfest durch einmal
wöchentliches Einfeilen mit meinem

Nederfett

(prima Ware) Dose 6,50 Mk.
ferner empfehle Wagenfett,
Pfund 4.— Mk.
Drogerie Lehmann.

Prima

Hausmacher Wurst

sowie sämtliche Kolonialwaren
empfiehlt Preis frisch und billig

Schuck

Wierstädter-Höhe 3. Tel. 55
Bestellungen werden prompt
frei Haus geliefert.

Wollen Sie einen gesunden Tierbestand?

So gebrauchen Sie den Nähr-
und Futterfall Landmannsfreude
Original, vorzüglich zur Mast u.
ein verhängtes Stärkungsmittel
verhindert bei Schweinen den Rot-
lauf und schützt gegen Bräune u.
Ruften. — Paket 1,20 Mk.
Drogerie Arthur Lehmann,
Wierstadt, Wiesbadenerstrasse 4,
Ecke gegenüber der Post.
Telephon 3267.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend

Zentralbüro: Hellmundstr. 45, I. e. G. m. b. H. Tel. 489, 490.
48 Verkaufsstellen in Wiesbaden und Umgegend.

Es ist frisch eingetroffen:

Ein Waggon

Corned beef

prima Qualität

pro Dose 6 Pfund englisch Mk. 84.—

per 1/4 Pfund „ 4.—

Der Vorstand.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30.— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70
gegenüber Marienplatz
Wiesbaden.

Kuhl's Zahn-Atelier

Wiesbaden

Schwalbacher Str. 52, Ecke Wellritzstr.

Sprechstunden:

Von 9—5 Uhr, Sonntags von 9—11 Uhr.

Auf vorherige Anmeldung werden Patienten auch
ausser der Sprechstunde behandelt.

Spezialität:

f. Gänzlich schmerzloses Zahnziehen.

Gaumenloser, naturgetreuer Zahnersatz
und kaum unterscheidende Plomben.

Schonendste Behandlung zugesichert.

Mässige Preise.

Polstermöbel und Betten

Klub-
garnituren,
Klubessel,
Sofas,
Ottomanen
etc.

beziehen Sie
vorteilhaft
direkt aus
unserer
Spezialwerk-
stätte.

Matratzen
in Roßhaar,
Kopk, Wolle,
Seegras.
Deckbetten u.
Kissen.

Reparaturen, Umändern, Neubeziehen.

Gebrüder Leicher

Tel. 3319.

Wiesbaden.

Oranienstrasse 6.

Achtung Leder!

Schöne leichte Rindleder, Rindleder-Kern-
stücke, Mastkalbleder, schwarzes Sohlleder,
grünes Sohlleder, Eichenloh-, Wasch- und
Sohlleder empfiehlt

Lederhandlung Gerich,
Wiesbaden, Schwalbacher Str. 31

Frauen

verwenden bei

Monats-Beschwerden
ist meine 1000fach bewährte
und behördlich unschädlich be-
rathene Mittel. — Erfolg schon
in 30 Stunden gemeldet.
Diskreter Versand.
C. Ahlring, Hamburg 959.
Postfach 12, I.

Husten Sie?

Siehe vorrätig: Fenchelhonig —
Eucalyptus-Mentoldoubon, Pec-
toraltableten — Sodener, Emjer-
Wiesbadener Kochbrunnen-, Sal-
mialpastillen, Ringeltableten etc.
Drogerie Lehmann,
Wiesbadenerstr. 4, Fernspr. 3267.

Regel

möge hört man noch, daß bei
Störung unerfahrene
Frauen

sich irreführen lassen durch den
Kauf unhoher Apparate.
Schreiben Sie sofort, und lassen
Sie sich mein anerkannt garan-
tiert unschädliches wirksames
Mittel senden.
Erfolg schon in einigen Tagen.
Versand diskret.

C. Langfeld, Nr. 358.
Hamburg, Drosselstr. 20.



BILLIGER!

BEI **MARTIN** AM
MAINZ DOM